

Aus den Betrieben

Gesundheit: Boss, Du hast das Geld gestohlen!

Selbstbehalte und Rezeptgebühren machen der Bevölkerung das Leben schwer. Immer hören wir, dass das notwendig sei, weil zu wenig Geld für das Gesundheitswesen vorhanden sei. Die Wahrheit ist allerdings eine ganz andere: Im Vorjahr betrug das Defizit der Gebietskrankenkassen insgesamt 125 Millionen Euro. Im Gegensatz dazu mussten die Kassen allein im Vorjahr 155 Millionen Euro als uneinbringlich abschreiben, weil Firmen ihre Beiträge nicht bezahlt hatten.

Würden also alle UnternehmerInnen für ihre MitarbeiterInnen die Kranken-, Unfall-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung einzahlen, hätten die Kassen sogar einen Überschuss in der Höhe von 30 Millionen Euro! Vor allem Scheinfirmen in der Baubranche begehren diese Form von Sozial-betrug, viele Firmen gehen aber auch in Konkurs und lassen die Kassen auf den Schulden sitzen. Immer wieder reden die Bosse und Parteien von sogenannten „Sozialschmarotzern“ – langsam sollte aber klar sein, dass die wirklichen Schmarotzer in den Chefetagen sitzen!

M. Mladi (AL/AGM-Betrieb)

Billa heute – Ausbeutung heute

Weibliche Lohnabhängige müssen sich wegen der aufgezogenen Doppelbelastung durch Familie und Beruf oft mit niedriger qualifizierten, schlechter bezahlten Arbeiten in sogenannten „atypischen Beschäftigungsverhältnissen“ zufrieden geben. Auch 14 Stunden Arbeitsweg für 30 Stunden Arbeit sind keine Seltenheit für Bus-PendlerInnen, die aus Niederösterreich, dem Burgenland oder der Steiermark zu ihren Jobs nach Wien fahren müssen. Etwa jede siebente Billa-Verkäuferin muss diese erschwerten Arbeitsbedingungen in Kauf nehmen. Manche davon sind wöchentlich bis zu 54 Stunden unterwegs. Der Verdienst für eine 30-Stunden-Kraft im Handel beträgt dabei derzeit laut Kollektivvertrag im dritten Berufsjahr 877,80 Euro; nach zehn Jahren sind es 1.023 Euro.

Da ein eigenständiges ökonomisches Überleben mit solchen Arbeitsverhältnissen unmöglich ist - 72% derjenigen, die trotz Arbeit kein existenzsicherndes Einkommen erhalten sind Frauen, die Pensionen der Frauen sind im Schnitt um die Hälfte geringer als jene von Männern - wird weiblichen Arbeitskräften die Grundvoraussetzung für ein unabhängiges Leben und elementare Selbstbestimmung verwehrt. Zur Lohn-abhängigkeit kommt die ökonomische Abhängigkeit von einem Partner.

K. Grabke (AGM/AL-Betrieb)

Cosmos mit Entlassungsservice

Kaum hat die marode BAWAG mit der Elektrokette Cosmos/Köck eine ihrer zahlreichen Beteiligungen verkauft, kommt schon der blaue Brief ins Haus der KollegInnen. Von den 1400 MitarbeiterInnen wurden 300 beim AMS zur Kündigung angemeldet. Der Cosmos-Käufer, die Sanierungsgesellschaft Value Management Services (VMS), ist der Meinung, dass die Personalkosten zu hoch seien und will Cosmos auf dem Rücken der KollegInnen „sanieren“.

Wir dürfen gespannt sein, was der BAWAG-Eigentümer ÖGB jetzt tut. Wird er die KollegInnen verteidigen oder gibt es geheime Absprachen über den Personalabbau?

Und das ist genau das Problem bei den Firmenbeteiligungen des ÖGB: es darf für eine Gewerkschaft immer nur eine Seite geben und das ist die der ArbeiterInnen! Und wer selbst Unternehmer ist, bekommt da Probleme. Denn jede Lohnverhandlung führt die Gewerkschaft dann ja gegen sich selbst. Und erklärbar ist wirklich nicht, wozu der ÖGB eine Elektrokette, die Schuhkette Stiefelkönig oder die Klavierfabrik Bösendorfer besitzen muss. Und wenn es dann mal endgültig schief geht, wie im Fall BAWAG, müssen die einfachen Mitglieder und die KollegInnen in den betroffenen Betrieben die Rechnung bezahlen.

M. Mladi (AL/AGM-Betrieb)

Klassenkampf international

Streik an Berliner Universitätsklinik

Am Dienstag, den 12. September traten die Beschäftigten des Berliner Universitätsklinikums Charité in einen unbefristeten Streik. In einer Urabstimmung hatten sich 91,2% der Mitglieder der Gewerkschaft ver.di dafür ausgesprochen.

Die Charité ist mit über 14.000 MitarbeiterInnen das größte Universitätskrankenhaus in Europa. Nach einem Beschluss der Landesregierung haben die Beschäftigten keinen Kollektivvertrag mehr. Alle seit 2003 neu Angestellten müssen zu wesentlich schlechteren Bedingungen arbeiten. Die Klinikleitung weigert sich außerdem, die 2003 erreichte Lohnerhöhung umzusetzen. Einsparungsmaßnahmen treffen auch die PatientInnen.

Nach einigen Warnstreiks gelang es einer kämpferischen Betriebsgruppe von Spitalsbediensteten, die ver.di-Bürokratie zu einer Urabstimmung über einen unbefristeten Streik zu zwingen. Die MitarbeiterInnen gingen mit viel Kampfbereitschaft in den Streik.

Die Klinikleitung hingegen tat alles, um den Streik zu sabotieren: Es wurden StreikbrecherInnen engagiert und Gerüchte gestreut, dass nur Gewerkschaftsmitglieder streiken dürfen. Alle möglichen kleinen Operationen wurden als Notfälle dargestellt, PatientInnen schon betäubt in den OP geschoben, um so die Beschäftigten zum Operieren zu zwingen. Auch viele ÄrztInnen betätigten sich als StreikbrecherInnen und übernahmen die Aufgaben der OP-PflegerInnen – auch wenn es positive Ausnahmen gab. Dennoch konnte der Streik weiter durchgeführt werden, was vor allem der kämpferischen Betriebsgruppe zu verdanken ist.

Nach zwei Wochen Streik war die Klinikleitung so unter Druck, dass sie ein Kompromissangebot machen musste. Einige Zugeständnisse an die Streikenden würden allerdings mit Kürzungen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld erkauft werden. Die Gewerkschaft will das Angebot prüfen und setzte den Streik aus.

Die Beschäftigten der Charité haben gezeigt, dass sich durch Selbstorganisation auch in einem gewerkschaftlich traditionell schlecht organisierten Bereich wie dem Krankenhaussektor ein erfolgreicher Arbeitskampf führen lässt.

S. Neumayer (AGM-Berlin)

Erfolgreicher Streik chilenischer Kupferminenarbeiter

Die Kupfermine Escondida in der chilenischen Atacama-Wüste ist die größte der Welt. Zu normalen Zeiten liefert sie 8% der weltweiten Kupferproduktion. Und das Geschäft geht außerordentlich gut. Von 2005 auf 2006 stieg der Gewinn um satte 211% auf 2,3 Mrd. Euro. Den Minenarbeitern ging es hingegen weniger gut – angesichts der Rekordgewinne des Unternehmens forderten sie höhere Löhne.

Doch weil die Geschäftsleitung der Firma, das australisch-britische Konsortium BHP Billiton, stur blieb, traten die Arbeiter in den Streik. Zu 97% gewerkschaftlich organisiert, konnten die mehr als 2000 Escondida-Miner die Produktion zeitweise komplett lahm legen. Als Streikposten sämtliche Zugangsstraßen zur Mine blockierten um Streikbrecher von der Arbeit abzuhalten, schossen an der Londoner Börse die Kupferpreise in die Höhe. Allerdings wurde nicht nur nicht gearbeitet, die Streikenden trugen ihren Protest auch mittels lautstarker Demonstrationen nach außen und riefen Arbeiter anderer Minen zur Teilnahme auf. Nach 25 Tagen Streik und der mehrmaligen Erhöhung des Angebots durch die Geschäftsleitung kam es schließlich zu einer Einigung: 5% mehr Lohn und 13000 Euro Einmalzahlung für jeden Arbeiter.

Für den ÖGB hingegen scheint der Begriff „Streik“ ein Fremdwort zu sein. Während anderswo für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gekämpft wird, nehmen die österreichischen Gewerkschaften jede Sozialabbaumaßnahme kampfflos hin. Das muss sich ändern! Denn das Beispiel aus Chile zeigt: Streiken bringt's!

S. Kalnoky (AL/AGM-Jugend)

Jugend

Sieg für griechische StudentInnen

Im vergangenen Frühsommer brachten die griechischen StudentInnen mit einer Reihe von radikalen Protesten die, von der Regierung geplanten, neoliberalen Umstrukturierungsmaßnahmen für die Universitäten zu Fall. Die Gründe für die Entstehung dieser Bewegung waren unter anderem die ständig stärker werdenden Angriffe von EU und griechischer Regierung.

Einerseits hatte sich sowohl der individuelle Kampf gegen die Probleme, als auch der Versuch aller Parteien – von neoliberal bis reformistisch – die tausenden Proteste zu kanalisieren als ineffektiv erwiesen, andererseits haben verschiedenste Mobilisierungen wie etwa am ESF (Europäisches Sozialforum) in Athen und die ersten gelungenen Besetzungen im Mai 2006 gezeigt, dass kollektive Aktion zu Erfolgen führt.

Der wahrscheinlich wichtigste Grund für die Entstehung und das Wachstum der Bewegung war aber die drohende Abstimmung des neuen Bildungsgesetzes. Dieser Gesetzesentwurf machte klar,

dass die EU nur eines im Sinn hat, wenn sie von Bildung spricht: den Umbau von Universitäten zu Unternehmen durch massive Einsparungsmaßnahmen der Regierung und die neoliberale Umstrukturierung des Bildungsbereichs. Durch dieses Gesetz sollte Wissen zur Ware und Bildung zur Privatsache mit Klassencharakter gemacht werden.

Die Bewegung der StudentInnen entwickelte sich in 3 Phasen: In der ersten Phase (im Mai) weiteten sich die Besetzungen, die bisher nur in den wichtigsten Zentren erfolgreich waren, auf den Rest des Landes aus. Die Regierung blieb unnachgiebig und erklärte den „Dialog“ für beendet. Am 1. Juli sollte der Entwurf abgestimmt werden.

In der zweiten Phase von 1.-13. Juni befand sich die Bewegung auf ihrem Höhepunkt, Versammlungen und Demonstrationen wurden immer größer (30.000 StudentInnen am 8. Juni) und das Thema wurde in die Gesellschaft hineingetragen. Die Regierung reagierte mit Repression, besonders deutlich am 8. Juni in Athen, wo Sondereinheiten brutal vorgehen. Zur gleichen Zeit machte eine große Demonstration in Thessaloniki klar, dass die Bewegung nicht zurückweichen würde.

In der dritten Phase ab dem 13. Juni konnten die StudentInnen die Auseinandersetzung für sich entscheiden. Nach einer Regierungs-

sitzung erklärt der Bildungsminister, dass der Gesetzesentwurf nur vorläufig gewesen wäre und natürlich noch besprochen werden müsse. Daraufhin zogen sich viele StudentInnen aus den Demonstrationen und Besetzungen zurück, die Niederlage der Regierung war aber besiegt.

Der Sieg der StudentInnen konnte die Privatisierung der Hochschulbildung und die Attacken von EU und griechischer Regierung gegen die Universitäten stoppen. Damit gelang der erste klare Erfolg gegen die neoliberale Umwandlung der Hochschulen in Europa. Die Regierung wurde in einer kritischen Phase geschlagen, gerade als sie dabei war zu einem heftigen Schlag gegen die ArbeiterInnenklasse auszuholen.

Dieser Erfolg der griechischen StudentInnenbewegung ist nicht nur Vorbild für die griechische Bevölkerung, sondern für alle europäischen ArbeiterInnen. Die StudentInnen haben in der Praxis gezeigt, dass kollektive Aktion gegen die neoliberale Politik, unter der Kontrolle von StudentInnen oder ArbeiterInnen, den Herrschenden eine vernichtende Niederlage beibringen kann.

Konstantinos Papatathanasiou (OKDE-Ergatik Pali), Ioannina/Ipiros

Wer wir sind

Die *Arbeitsgruppe Marxismus* (AGM) gibt es seit etwa zwölf Jahren. Wir haben den Kern einer revolutionären Organisation aufgebaut. Mit der Flugschriftzeitung *roter stern* wollen wir nun einen Schritt weiter gehen und unsere politischen Positionen stärker als bisher in der ArbeiterInnenklasse und unter Jugendlichen verbreiten.

Viele ArbeiterInnen sind heute vereinzelt, entmutigt, politisch bewusstlos und voll von kapitalistischen Vorurteilen. Dennoch können nur die Lohnabhängigen durch Streiks und andere kollektive Kampfformen die kapitalistische Produktion zum Erliegen bringen, die KapitalistInnen/Klasse im entscheidenden Punkt, dem Profit, treffen und sie zu Zugeständnissen zwingen. Nur die ArbeiterInnen/Klasse hat die Kraft, durch eine Revolution den staatlichen Unterdrückungsapparat der herrschenden Klasse zu zerschlagen und eine sozialistische Gesellschaft zu entwickeln.

Unter Sozialismus verstehen wir nicht eine bürokratische Herrschaft wie in der Sowjetunion oder in China. Wir verstehen darunter eine Gesellschaft, die nicht für die Profite von wenigen, sondern nach den Bedürfnissen von allen organisiert ist, in der alle Entscheidungen von der ArbeiterInnen/Klasse und ihren Räten demokratisch getroffen werden. Eine solche proletarische Demokratie ist nur international möglich.

Bereits im Kampf gegen das Großkapital und seinen Staat muss die Spaltung in Männer und Frauen, in In- und AusländerInnen etc. schrittweise überwunden werden. Um diese Kampf zu koordinieren und die Vorherrschaft des Reformismus in der ArbeiterInnen/bewegung zu brechen, brauchen die Lohnabhängigen eine eigene, neue, revolutionäre Organisation. Ihren Aufbau sehen wir als zentrale Aufgabe an.

Siehe auch unsere *Grundsätze* auf der AGM-website:

www.agmarxismus.net

Wenn dir der rote stern gefällt, dann gib ihn doch an FreundInnen und KollegInnen weiter. Wir können auch Unterstützung gebrauchen, um den roten stern noch breiter zu verteilen – wenn du uns helfen willst, dann melde dich bei unseren Kontaktadressen.